

1 **Beschluss des SPD-Parteivorstandes bei seiner Sitzung am 20. Juni 2016**

2 **Einladung zum Dialog**

3 **„Gemeinsame Werte, gemeinsame Zukunft: Lateinamerika, Europa und Deutschland** 4 **als Partner“**

5 Sozialdemokratische Lateinamerika-Politik hat eine lange Tradition und steht für die Suche
6 nach gemeinsamen Interessen auf der Basis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ist
7 eng mit Willy Brandt verbunden, der ein wichtiger Wegbereiter für den Dialog mit den
8 Progressiven in Lateinamerika war.

9 Trotz aller Unterschiede existieren in Lateinamerika und Europa politisch und kulturell
10 vergleichbare Werte, Überzeugungen und Weltansichten. Beide Regionen haben sich in der
11 letzten Dekade in unterschiedlichen Kontexten entwickelt und enorm verändert. Dennoch sind
12 die Potenziale für eine Partnerschaft bei der Lösung gemeinsamer Herausforderungen größer
13 als mit anderen Weltregionen. Aber hierfür bedarf es des intensiven Dialogs und der
14 Festlegung von Zielen, sowie auch eines Bewusstseins über die Divergenzen und
15 unterschiedlichen Sichtweisen.

16 Lateinamerika war in der letzten Dekade wirtschaftlich sehr erfolgreich, auch wenn einige
17 Länder nach einer langen Wachstumsphase nun wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen
18 ausgesetzt sind, deren negative Entwicklungen bisher nicht absehbar sind. In Europa hat die
19 Finanzmarktkrise in vielen Ländern schwere Wirtschaftskrisen ausgelöst, Regierungen abgelöst
20 und zu Wohlstandsverlusten geführt. Die europäischen Investitionen und Firmenpräsenz in
21 Lateinamerika stehen aber weiterhin an vorderster Stelle, jedoch hat Europa als
22 Handelspartner deutlich an China verloren. Auch die Investitionen einiger lateinamerikanischer
23 Länder in Europa sind gewachsen. Gleichzeitig sind beide Regionen in sich politisch zunehmend
24 fragmentiert und es existieren große wirtschaftliche Asymmetrien.

25 Trotz zahlreicher Probleme hat sich die EU als Wirtschaftsraum konsolidiert, während in
26 Lateinamerika stärker die politische Kooperation priorisiert wurde. Im Unterschied zur
27 europäischen Integration zielt der lateinamerikanische Regionalismus nicht auf eine
28 Abtretung, sondern auf eine Stärkung der nationalen Souveränität. Die Außenbeziehungen
29 wurden diversifiziert und über verschiedene Instrumente ist eine flexible regionale
30 Zusammenarbeit entstanden. Die neue außenpolitische Autonomie und das größere
31 Durchsetzungsvermögen zeigen sich unter anderem in der Gründung und Konsolidierung der
32 regionalen politischen Koordinierungs- und Abstimmungsmechanismen wie der Union
33 Südamerikanischer Nationen (UNASUR) oder der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und
34 Karibischen Staaten (CELAC). Gleichzeitig wurde auch der gemeinsame Markt Mercosur, der
35 seit Jahren mit der EU in Verhandlung über ein Freihandelsabkommen steht, durch ein
36 Parlament, Niederlassungsrecht und Einrichtungen des Sozialdialogs weiterentwickelt. Mit der
37 Pazifikallianz wurde eine weitere Initiative der Marktintegration gegründet.

38 Der europäische Integrationsprozess wurde vom brasilianischen Ex-Präsidenten Lula da Silva
39 als ein Erbe der Menschheit bezeichnet, das nicht zerstört werden dürfe. Die EU steht seit dem
40 Ausbruch der internationalen Finanzkrise unter Druck. Die Bankenrettung, die hierdurch
41 entstandenen Staatsverschuldungen sowie die Anpassungs- bzw. Austeritätsmaßnahmen
42 hatten negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Beschäftigung, den
43 Wohlfahrtsstaat und die soziale Lage der Bevölkerung. Das europäische Modell hat deutlich an
44 normativem und politischem Beispielscharakter eingebüßt.

45 Lateinamerika gilt heute als eine der am wenigsten militarisierten Regionen der Welt. Der
46 lateinamerikanische Kontinent ist frei von Atomwaffen sowie anderen
47 Massenvernichtungswaffen und stellt für niemanden eine Bedrohung dar. Zahlreiche
48 Krisengebiete im unmittelbaren europäischen Umfeld hingegen haben Europas
49 Aufmerksamkeit von dem weitgehend von zwischenstaatlichen Krisen verschonten
50 lateinamerikanischen Kontinent abgezogen.

51 Europas Blickwinkel hat sich verändert und Lateinamerika hat über den Pazifik geschaut.
52 Zahlreiche lateinamerikanische Länder verfolgen ihre Interessen inzwischen weltweit. Am
53 sichtbarsten ist das brasilianische Engagement im Rahmen der BRICS (Brasilien, Russland,
54 Indien, China und Südafrika) oder des IBSA-Dialogforums mit Indien, Russland und Südafrika.
55 Mittelamerika sowie Mexiko hingegen orientieren sich wirtschaftlich und politisch vor allem an
56 den USA. Und auch innerhalb von Südamerika können über die existierenden politischen und
57 wirtschaftlichen Allianzen unterschiedliche Subregionen identifiziert werden.

58 Lateinamerika, Europa und Deutschland können aus ihren unterschiedlichen Blickwinkeln
59 gemeinsame Interessen finden und Partnerschaften schließen. Der bisherige Ansatz
60 biregionaler Zusammenarbeit auf Gipfeltreffen oder auch im Rahmen der Treffen der
61 parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika und derer ständigen Ausschüsse oder
62 Arbeitsgruppen, schließt zusätzliche parallele bilaterale und subregionale politische
63 Beziehungen keineswegs aus.

64 Drei Bereiche einer an gemeinsamen Interessen und Werten ausgerichteten Zusammenarbeit
65 sind aus sozialdemokratischer Sicht für einen breiten und substantiellen transatlantischen
66 Dialog mit Lateinamerika von besonderer Bedeutung: starke Demokratien, soziale
67 Gerechtigkeit und die Gestaltung der Globalisierung.

68

69 **... Partnerschaft für starke Demokratien...**

70

71 Lateinamerika hat seine autoritäre Vergangenheit weitgehend überwunden, wie auch Mittel-
72 und Osteuropa das Erbe des real existierenden Sozialismus abschütteln konnten. Für
73 Lateinamerika, Deutschland und Europa war und ist die Auseinandersetzung mit
74 Diktaturerfahrungen und Menschenrechtsverletzungen nicht nur eine wichtige Voraussetzung
75 für die Konsolidierung der Demokratie, sie bietet auch zahlreiche Möglichkeiten für einen
76 konstruktiven Dialog und Erfahrungsaustausch.

77 In beiden Regionen mussten große Teile der Bevölkerungen in den vergangenen Jahrzehnten
78 die Konsequenzen neoliberaler Strukturanpassung erleiden. In Lateinamerika hatten hierdurch
79 die noch jungen Demokratien zunächst stark an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Mit der
80 Verknüpfung wirtschaftlichen Aufschwungs mit besseren Einkommen, einer Reduzierung der
81 Armut und mehr sozialer Gerechtigkeit, konnten die Demokratien erneut verankert werden.
82 Daher ist für die progressiven politischen Kräfte in beiden Regionen dieser Kontext ein
83 zentrales Thema. Auch wenn Armut und Ungleichheit in Lateinamerika nach wie vor weitaus
84 stärker ausgeprägt sind als in Europa, so müssen doch beide Regionen fortschrittliche
85 Antworten auf drängende soziale Fragen und im Hinblick auf die Entwicklung der Demokratie
86 finden. Hier bieten sich viele Ansätze für einen intensiven Austausch zwischen Lateinamerika
87 und Europa.

88 Ebenfalls auf beiden Seiten des Atlantiks steht sowohl die Wahrung als auch die
89 Weiterentwicklung der Menschen- und Bürgerrechte sowie politischer Rechte und
90 Gleichstellungspolitiken in der Debatte. Dies reicht von den Bemühungen um gleiche
91 Bürgerrechte für die LGBTI (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle
92 Personen) bis hin zu Fragen der Beteiligung in repräsentativen Demokratien durch plebiszitäre
93 und andere Elemente. Verschiedene lateinamerikanische Länder sind hierbei ein Laboratorium
94 diverser partizipatorischer Praktiken gewesen, die mitunter zu einer Festigung der
95 repräsentativen Demokratie und Regierungsfähigkeit haben beitragen können. Auch die
96 Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure an internationalen Prozessen steht für ein Mehr
97 an Demokratie sowie neuen Impulsen und Initiativen. Deshalb möchten wir als deutsche und
98 europäische Sozialdemokraten den Erfahrungsaustausch mit lateinamerikanischen Ländern
99 über demokratische Rechte und Beteiligungsformen intensivieren.

100 Auch wenn zivilgesellschaftliches Engagement für eine lebendige Demokratie enorm wichtig
101 ist, so bleiben die politischen Parteien ein zentrales Element der repräsentativen Demokratie.
102 Ohne sie ist Demokratie nicht denkbar. Für die deutsche Sozialdemokratie ist die
103 Zusammenarbeit gerade in Lateinamerika mit ihren zahlreichen progressiven Parteien und
104 Bewegungen ein direkter Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung von Demokratie und
105 Menschenrechten. Mit der Progressiven Allianz haben wir mit unseren lateinamerikanischen
106 Partnern bereits eine gut funktionierende Plattform geschaffen, um gemeinsame Antworten
107 auf globale Herausforderungen zu finden.

108 Europas demokratische Werte werden nicht nur durch die Folgen der Finanzkrise unter Druck
109 gesetzt. Auch Radikalismus und Extremismus sind eine Herausforderung für unsere offenen
110 und vielfältigen Gesellschaften. Zugleich nehmen einige europäische Länder Hunderttausende
111 von Menschen auf, die ihre Heimat auf der Flucht vor Krieg, Armut, Extremismus und auf der
112 Suche nach einem besseren Leben verlassen mussten. Auch Lateinamerika hat seit langer Zeit
113 Erfahrungen mit zum Teil massiven Migrationsprozessen, mit den daraus entstehenden
114 sozialen Herausforderungen, aber auch den damit einhergehenden Chancen. Deshalb ist die
115 Region für uns ein wichtiger Gesprächspartner, um offene Gesellschaften in Europa und
116 weltweit zu stärken und zu verteidigen.

117 Die historischen Migrationsprozesse zwischen Europa und Lateinamerika sind ein zentraler
118 Erklärungsfaktor für die einzigartigen kulturellen Beziehungen zwischen beiden Regionen, die
119 wiederum eine Grundlage für den Dialog und die Zusammenarbeit in vielen Bereichen
120 darstellen. Gerade in der globalisierten Wissensgesellschaft muss die Zusammenarbeit in
121 Bildung, Wissenschaft und Technologie weiter vorangebracht werden, um gesellschaftlichen
122 und wirtschaftlichen Wandel zu gestalten. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit hat in den
123 letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Zwischen deutschen, europäischen und
124 lateinamerikanischen Universitäten und Forschungseinrichtungen bestehen zahlreiche und
125 institutionalisierte Kooperationen. Dies gilt es weiter auszubauen, um einen gemeinsamen
126 Hochschul- und Wissenschaftsraum zu schaffen. Ebenso wollen wir die kulturelle und
127 bildungspolitische Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik ausbauen, denn erst durch
128 Bildung und kulturellen Austausch wird wirkliche Teilhabe möglich.

129

130 **...Partnerschaft für soziale Gerechtigkeit...**

131

132 Demokratische Teilnahme setzt wirtschaftliche und soziale Teilhabe voraus. Die politischen
133 Umwälzungen und das Erstarken der Progressiven in der Region in der letzten Dekade sind mit
134 dem gescheiterten neoliberalen Wirtschaftsmodell unmittelbar verknüpft. Dieses hatte in
135 Lateinamerika und der Karibik die weltweit größte Ungleichheit in der Verteilung von
136 Einkommen und Besitz weiter verschärft. Der politische Umschwung entstand, da die soziale
137 Frage in das Zentrum der politischen Agenda rückte.

138 Mit unterschiedlicher Ausprägung und Intensität haben die progressiven Regierungen in
139 Lateinamerika die Armut bekämpft, den Sozialstaat aus- oder auch erst aufgebaut.
140 Lohnsteigerungen, vor allem der Mindestlöhne, und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben zu
141 einer deutlichen sozialen Mobilität geführt. Der wachsende Konsum trieb in vielen Ländern die
142 Produktion und den Arbeitsmarkt an. Der soziale Aufstieg ging mit einer verstärkten
143 Einforderung von bisher nur unzureichend garantierten Rechten, gerade sozialen Rechten
144 einher: wie das Recht auf Bildung, Altersversorgung, Gesundheit, Sicherheit; das Recht auf eine
145 intakte Umwelt, das „Recht auf Stadt“, das Recht auf qualitativ hochwertige öffentliche Güter.
146 Der soziale Aufstieg bewirkte auch eine Veränderung politischer Einstellungen und
147 Präferenzen, auf die progressive Parteien oftmals wenig Antworten gefunden haben.

148 In beiden Weltregionen - wenn auch vor unterschiedlichem Hintergrund - stellt die
149 Globalisierung der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, die nationale und regionale
150 Wachstums- und Beschäftigungspolitik vor erhebliche Herausforderungen. Darüber hinaus
151 stehen wir vor der Herausforderung, den Sozialstaat zu sichern und weiterzuentwickeln.
152 Deshalb ist ein weiteres Ziel unserer Lateinamerikapolitik miteinander in einen Dialog über
153 eine gerechte Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik zu treten, die den veränderten
154 Ansprüchen der Menschen in unseren beiden Regionen gerecht wird.

155 Viele Länder Lateinamerikas, haben wie eh und je auf die hohe Nachfrage nach Rohstoffen und
156 wenig verarbeiteten Gütern sowie steigende Preise gesetzt. Rahmenbedingungen, die sich
157 rasch ändern können. Andererseits wurden strukturelle Veränderungen kaum vorgenommen:
158 Zwar gab es in den meisten Ländern eine positive Dynamik bei der Einkommensverteilung, die
159 Vermögensverteilung aber wurde nicht angetastet. Die Steuersysteme fördern keine
160 Umverteilung. Die Menschen, die am wenigsten verdienen sowie die Mittelschichten haben die
161 höchste Steuerlast – bzw. den höchsten Anteil am Steueraufkommen.

162 In Europa schaffen oftmals progressive Einkommenssteuern einen Ausgleich zu den
163 regressiven indirekten Steuern. Aber auch hier gilt, dass die Mittelschicht einen besonders
164 hohen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens trägt. Auch in Europa haben die
165 Vermögen eines nur kleinen Anteils der Gesellschaft extrem zugenommen. Gerade
166 Deutschland weist im internationalen Vergleich ein hohes Maß an Vermögensungleichheit auf.
167 Wir sind mit den progressiven Akteuren Lateinamerikas im Dialog, um neoliberalen Irrungen
168 global tragfähige Alternativen entgegenzustellen. Die Existenz und Qualität öffentlicher Güter,
169 gerechte Steuersysteme und die Vermögensverteilung sind dabei zentrale Ansatzpunkte.

170 Transnationale Konzerne haben globale bzw. regionale Produktionsnetzwerke errichtet, die
171 inzwischen 80 Prozent des Welthandels abwickeln. Die Globalisierung hat die Machtbalance zu
172 Gunsten der Unternehmen verändert. Grundsätzliche Unternehmensentscheidungen finden
173 auf zentraler und internationaler Ebene statt. Wettbewerbsdruck, Konzernumstrukturierungen
174 und Strukturwandel führen zu Standortverlagerungen – oft in Billiglohnländer, Steueroasen
175 oder gewerkschaftsfreie Zonen – und zunehmend zu einer Prekarisierung der
176 Arbeitsverhältnisse. Auf globaler Ebene fehlen nach wie vor rechtsverbindliche und
177 wirkungsvolle soziale und ökologische Mindeststandards. Massive und kontinuierliche
178 Umstrukturierungen von Arbeitsabläufen z.B. durch Flexibilisierung, Outsourcing und
179 Leiharbeit haben die Arbeitsmärkte verändert. Die Fragmentierung und Heterogenität von
180 rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeit zwischen verschiedenen Ländern
181 erhöhen die Rendite durch Arbeitskosten-Arbitrage. Um diesen besorgniserregenden
182 Entwicklungen entgegenzuwirken, die zudem noch auf traditionell weiterhin umfangreiche
183 informelle Sektoren treffen, bedarf es einer überregionalen Zusammenarbeit der progressiven
184 Kräfte. Das Ziel dieser Kooperation soll die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, der sozialen
185 Sicherungssysteme und eine weitergehendere Regulierung der Märkte sein.

186

187 **...Partnerschaft für die Gestaltung der Globalisierung...**

188

189 Lateinamerika und Europa verfolgen eine Weltordnung, die auf Zusammenarbeit,
190 Regionalismus und Multilateralismus aufbaut. Denn nur die Zusammenarbeit in einer „Welt
191 der Regionen“ wird Antworten auf die gemeinsamen Herausforderungen geben können.
192 Klimawandel, organisiertes Verbrechen, die Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs),
193 Friedenssicherung, Abrüstung, eine sozial gerechtere und demokratisch legitimierte Gestaltung
194 der internationalen Märkte, speziell der Finanzmärkte, die Durchsetzung der Menschenrechte

195 und des Völkerrechts sowie eine Reform der internationalen Institutionen sind unter den
196 zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen, bei denen Europa und Lateinamerika nur
197 gemeinsam Fortschritte erzielen können. Jeder für sich kann hier nur wenig erreichen.
198 Lateinamerika und die Europäische Union stellen knapp ein Drittel der UN-Mitgliedschaft, und
199 könnten eine gemeinsame Agenda der Veränderungen durch einen wirksamen und gerechten
200 Multilateralismus antreiben.

201 Die 1999 beschlossene strategische Partnerschaft zwischen Lateinamerika, der Karibik und
202 Europa, ist eine positive Errungenschaft der biregionalen Beziehungen. Diese wollen wir in
203 engerer Zusammenarbeit zwischen den Lateinamerikanern und den Europäern
204 weiterentwickeln. Unser Ziel dabei ist über den institutionalisierten interregionalen Dialog
205 sowie die bilateralen und subregionalen Assoziierungs- und Freihandelsabkommen
206 hinauszugehen und konkrete Positionen bei Themen gemeinsamer Interessen zu umfassen.

207 Das Ziel einer reformierten und multilateralen Weltordnung ist eng verknüpft mit der Frage
208 einer gerechteren Handelsordnung. Die Länder Lateinamerikas und der Karibik spielen eine
209 entscheidende Rolle für die Durchsetzung verbindlicher Regeln für den Welthandel. Hierzu
210 gehören der Abbau der handelsverzerrenden Subventionen und insbesondere der
211 Zolleskalation sowie ein verbesserter Marktzugang für Entwicklungs- und Schwellenländer.
212 Gleichzeitig müssen verpflichtende Umwelt- und Sozialstandards stärker verankert und
213 beachtet werden und bei Investitionsschutzabkommen politische Spielräume für nationale
214 Strategien zur Gestaltung der Wirtschaft sowie bei der Verfolgung des Gemeinwohls erhalten
215 bleiben. Dies gilt auch für die Abkommen zwischen Regionen, die unmittelbare Auswirkungen
216 auf andere haben werden.

217 Die Energie- und Ressourcensicherheit stellt in Europa eine zentrale geopolitische
218 Herausforderung dar. Für eine Partnerschaft mit Lateinamerika können Europa und
219 Deutschland einen über Versorgungsfragen hinausgehenden intensiveren Austausch bei der
220 Weiterentwicklung und globalen Verbreitung von Technologien im Bereich erneuerbarer
221 Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes
222 anbieten. Wir sind bereit, unsere Erfahrungen bei Erdwärme, Solar- oder Windkraft
223 einzubringen. Eine nachhaltige Nutzung von Biomasse ist ebenso von zentraler Bedeutung und
224 wichtiger Bestandteil des Dialogs. Erneuerbare Energien sind ein wichtiger Beitrag für den
225 Klimaschutz und eine verlässliche Energieversorgung. Sie tragen zur Bekämpfung der globalen
226 Armut bei, und können Konflikte um immer knapper werdende Ressourcen vorbeugen und
227 dienen zugleich der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Insgesamt können
228 Klimapolitik und Umweltschutz zentrale Punkte einer Zusammenarbeit werden.

229 **Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern**
230 **in Lateinamerika tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung finden.**
231 **Dabei ist die Förderung sozialer Gerechtigkeit das Kernziel, das für den Bestand und die**
232 **Fortentwicklung unserer Demokratien verfolgt werden muss.**